Luzerner Beiträge zur Rechtswissenschaft (LBR)

Herausgegeben von Jörg Schmid im Auftrag der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Luzern

Band 182

Matthias Brunner

Das Rechtsbegehren im Zivilprozess

Eine Untersuchung zum Inhalt von Rechtsbegehren in erstinstanzlichen streitigen Erkenntnisverfahren

Inhaltsverzeichnis

Ab	kürzungsverzeichnis	XXI
Lit	eraturverzeichnis	XXVII
Ma	terialienverzeichnis	LIX
Eir	nleitung	1
Er	ster Teil: Grundlagen	3
§ 1	Gegenstand der Untersuchung	3
I.	Rechtsbegehren in erstinstanzlichen streitigen Erkenntnisverfahren	
	1. Rechtsbegehren	3
	2. Streitige Erkenntnisverfahren	4
	3. Beschränkung auf erstinstanzliche Verfahren	5
II.	Abgrenzungen	6
	1. Rechtsbegehren in Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes	6
	2. Rechtsbegehren in Vollstreckungsangelegenheiten	9
	3. Rechtsbegehren in nicht streitigen gerichtlichen Angelegenheiten	10
	4. Prozessuale Anträge	11
	5. Abgrenzung zur Prozessvoraussetzung des schutzwürdigen Interesses	s 12
§ 2	Für die Untersuchung relevante Grundlagen	15
I.	Rechtsbegehren als Prozesshandlung	15
Π.	Streitgegenstand	16
	1. Lehre	17
	2. Bundesgerichtliche Rechtsprechung	19
	3. Fazit für die weitere Untersuchung	21
III.	Unterscheidung und Verhältnis von Zivilrecht und Prozessrecht	21
§ 3	Funktionen des Rechtsbegehrens	25
I.	Bestimmung des Streitgegenstands	25
II.	Bestimmung des Streitwerts	27
III.	Wahrung des rechtlichen Gehörs der Gegenpartei	27

Zw	eiter '	Teil: Elemente von Rechtsbegehren	29			
§ 4	Übersi	cht über die Elemente von Rechtsbegehren	29			
I.		sbegehren der klagenden Partei				
		tragsteller und Antragsgegner				
		chtsschutzantrag und Rechtsfolgebehauptung				
Π.		sbegehren der beklagten Partei				
§ 5	Rechts	schutzantrag	37			
I.		numerus clausus der Rechtsschutzanträge				
		deutung				
		storische Entwicklung				
II.	Inhalt	der Rechtsschutzanträge	40			
		chtsformspezifischer Inhalt der Rechtsschutzanträge				
	1.1					
	1.2	Gestaltungsklage	41			
	1.3					
	2. Ge	meinsamer Inhalt der Rechtsschutzanträge	42			
§ 6	Rechts	folgebehauptung	45			
I.	Begrif	f der Rechtsfolgebehauptung	45			
II.	Rechtsfolgebehauptung der Leistungsklage					
	1. Be	haupteter Anspruch auf eine Leistung	46			
	2. Re	Rechtsfolgebehauptungen bei den verschiedenen Arten der				
		istungsklage				
	2.1 2.2	5 5				
	2.2					
		a Allgemeines b Abgrenzung zur Rechtsfolgebehauptung der positiven				
		Leistungsklage	49			
		c Spezialfall der Duldungsklage	52			
	2.3	Relevanz der Unterscheidung von positiver und negativer Leistungsklage	54			
III.	Rechts	folgebehauptung der Gestaltungsklage				
		nauptetes Gestaltungsklagerecht				
		2. Inhalt der Rechtsgestaltung				
		grenzung von der Rechtsfolgebehauptung der Leistungsklage				

		3.1	Grundsätze	58
		3.2	Sonderfragen	59
			a Erfolgreiche Gestaltungsklage als Grundlage eines Leistungsanspruchs	50
			b Anspruch auf Abgabe einer Willenserklärung	
			c Gestaltungsklagerechte und Leistungsansprüche mit gleichem	
			Rechtsschutzziel	
IV.			olgebehauptung der Feststellungsklage	
	1.	Beha	aupteter Bestand oder Nichtbestand von Rechtsverhältnissen	64
		1.1	Meinungsstand zum Gegenstand der Feststellungsklage in Rechtsprechung und Lehre	65
			a Rechtsprechung	65
			b Lehre	
			c Fazit	
		1.2	Eigene Stellungnahme	70
			a Unterscheidung der Frage nach dem Gegenstand der Feststellungsklage von der Prozessvoraussetzung des	
			schutzwürdigen Interesses	70
			b (Nicht-)Bestand subjektiver Zivilrechte als Rechtsfolge-	7 0
			behauptung der Feststellungsklagec (Nicht-)Bestand von Rechtsverhältnissen i.w.S. als	.70
			Rechtsfolgebehauptung der Feststellungsklage	.73
			d Grenzen des zulässigen Gegenstandes der Feststellungsklage	
	2.	_	renzung von den Rechtsfolgebehauptungen der anderen	5 0
			ntsschutzformen	
		2.1	Abgrenzung von der Rechtsfolgebehauptung der Leistungsklage Abgrenzung von der Rechtsfolgebehauptung der Gestaltungsklage .	
		2.2		
			a Grundsätze	81
			Schlichtungsbehörde	83
			il: Bestimmtheit und Individualisierung von	
Re	cht	sbeg	gehren	85
§ 7	Bes	timn	ntheit von Rechtsbegehren	85
I.	Gı	undla	gen	85
	1.	Begr	iff	85
	2.	Rech	ntliche Grundlage	.86

	3.	Fun	ktionen	89
		3.1	Gewährleistung von Rechtssicherheit und Schaffung von	0.0
		3.2	Rechtsfrieden	
		3.3	Rechtliches Gehör der beklagten Partei und prozessuale	
			Waffengleichheit	
	4.	Ver	hältnis zum Zivilrecht	93
	5.	Mitt	tel zur Erfüllung des Bestimmtheitsgebots	94
II.	Le	eistun	gsbegehren	96
	1.	Gru	ndsätze	96
	2.	Posi	tive Leistungsklagen	96
		2.1	Sachleistungen i.w.S.	97
			a Zahlung von Geld	97
			b Herausgabe/Räumung von Sachen	
			c Bekanntgabe von Informationen	101
		2.2	Andere Handlungen	107
			a Realisierung eines tatsächlichen Erfolgs	107
			b Beseitigung von Störungszuständen	108
		2.3	Abgabe von Willenserklärungen	110
	3.	Neg	ative Leistungsklage	112
		3.1	Unterlassungsbegehren	112
			a Allgemeines	
			b Formulierung der konkreten Verletzungsform	
			c Verallgemeinerung der konkreten Verletzungsform	
			d "Insbesondere"-Zusätze/einschränkende Zusätze	
			e Unterlassungsbegehren in ausgewählten Rechtsgebieten	
		3.2	Duldungsbegehren	
III.			ingsbegehren	
IV.	Fe	ststel	lungsbegehren	130
§ 8 .	Aus	nahi	men zum Bestimmtheitsgebot	131
I.			ung der gerichtlichen Bindung an die Parteianträge	
			zialmaxime	
		1.1	Begriff	131
		1.2	Gesetzliche Bestimmungen i.S.v. Art. 58 Abs. 2 ZPO	
	2.	Ausv	wirkungen auf das Bestimmtheitsgebot	134
		2.1	Rechtsprechung und Lehre	134

		2.2	Eigene Stellungnahme	.136			
II.	U	Unbezifferte Forderungsklage (Art. 85 ZPO)13					
	1.	Zwe	eck	.138			
	2.	Ges	etzlicher Anwendungsbereich	.139			
		2.1	Übersicht	.139			
		2.2	Unbezifferte Forderungsklage i.e.S. und Stufenklage				
		2.3	Sonderfragen	.144			
			a Art. 85 ZPO als Grundlage anderer anfänglich unbestimmter				
			Leistungsklagen	. 144			
			b Art. 85 ZPO als Grundlage anfänglich unbestimmter Gestaltungs- und Feststellungsbegehren	145			
			c Art. 85 ZPO als Grundlage von sog. "Ermessensklagen"?				
			d Streitverkündungsklage als Anwendungsfall der unbezifferten				
			Forderungsklage i.S.v. Art. 85 ZPO?	149			
	3.	Mod	lifikation des Bestimmtheitsgebots	150			
		3.1	Anfänglich unbeziffertes Rechtsbegehren				
		3.2	Angabe eines Mindestwerts				
		3.3	Nachträgliche Bezifferung				
III.	Ermessensklage						
		1. Ausgangslage1					
	2.	Grui	ndlagen	156			
		2.1	Ermessen i.S.v. Art. 4 ZGB	156			
			a Grundlage und Bedeutung				
			b Tatbestands- und Rechtsfolgeermessen	157			
		2.2	"Sachverhaltsermessen" i.S.v. Art. 42 Abs. 2 OR	158			
	3.	Best	immtheitsgebot bei Tatbestandsermessen	159			
	4.	Best	immtheitsgebot bei Rechtsfolgeermessen	159			
		4.1	Meinungsstand				
		4.2	Eigene Stellungnahme	160			
	5.	Bestimmtheitsgebot bei "Sachverhaltsermessen" i.S.v.					
		Art.	42 Abs. 2 OR				
		5.1	Meinungsstand				
		5.2	Eigene Stellungnahme				
IV.			rkündungsklage				
	1.	Eins	chränkung des Bestimmtheitsgebots?				
		1.1	Meinungsstand				
		1.2	Eigene Stellungnahme	. 169			

	2. Au	sblick de lege ferenda	170	
V.	Doppe	lseitige Klagen	172	
§ 9	Individ	lualisierung von Rechtsbegehren	175	
Ī.	Grund	lagen	175	
		griff und Abgrenzung		
		chtsgrundlage, Geltungsbereich und Funktionen		
II.	Indivi	dualisierung anhand des Rechtsbegehrens	178	
III.	Indivi	dualisierung anhand des Lebenssachverhalts	180	
		stimmung und Abgrenzung des massgeblichen Lebenssachverhal		
	1.1			
	1.2	Lebenssachverhalt als normativer Begriff		
	1.3		401	
	1.4	Lebenssachverhalten Bestimmung und Abgrenzung von Lebenssachverhalten im	181	
	1.4	Lichte des materiellen Rechts	183	
	2. Ind	lividualisierungsanforderungen im Allgemeinen		
	Individualisierungsanforderungen bei alternativer Klagebegründu			
		Besonderen		
	3.1	Begriff der alternativen Klagebegründung	187	
		a Allgemein	187	
		b Sonderfall der objektiven Teilklagenhäufung	188	
	3.2	Meinungsstand zur Individualisierung	189	
		a Bei der alternativen Klagebegründung im Allgemeinen		
		b Bei der objektiven Teilklagenhäufung im Besonderen		
	3.3	8		
		a Dispositionsmaxime und Streitgegenstandsbestimmung		
		b Materielle Rechtskraft c Prozessuale Waffengleichheit		
		d Fazit		
Vie	rter T	eil: Sonderfragen zum Inhalt von		
		gehren	199	
		sgrundlage im Rechtsbegehren		
I.	Meinu	ngsstand	199	
Π.	Eigene	Stellungnahme	202	

	1.		gangslage: Richterliche Rechtsanwendung bei materiellrechtlicher pruchskonkurrenz	
	2.		issigkeit parteiautonomer Beschränkungen der richterlichen htsanwendung?	204
	3.		issigkeit parteiautonomer Beschränkung des Streitgegenstands?	
			t	
0 11		ел.	C. L. C. D. D. Markelland and Johnson	
8 11			n Schutz zukünftiger Rechtsfolgen gerichtete Sbegehren	211
I.			begehren auf Verurteilung zu einer zukünftigen Leistung	
			gangslage	
			nungsstand	
			ne Stellungnahme	
	٥.	3.1	Fälligkeit oder Anspruchsentstehung aufschiebend befristet	
		3.2	Geltendmachung eines Leistungsverweigerungsrechts durch die	213
			beklagte Partei in Zug-um-Zug-Verhältnissen	218
		3.3	Anspruchsentstehung aufschiebend bedingt i.S.v. Art. 151 OR	
		3.4	Voraussetzungen der Anspruchsentstehung noch nicht erfüllt	
	4.	Abg	renzungen	
		4.1	Auflösende Befristungen und Bedingungen	
		4.2 4.3	Vergangenheitsbezogene Vorbehalte	
11	ъ.		_	
II.			egehren auf Feststellung eines zukünftigen Rechtsverhältnisses	
III.			egehren auf Anordnung einer zukünftigen Rechtsgestaltung	
§ 12	Ве	ding	te Rechtsbegehren	233
I.	Gı	undla	gen	233
	1.	Begi	riff der bedingten Prozesshandlung	233
	2.	Zulä	ssigkeit bedingter Prozesshandlungen	234
		2.1	Bedingte Bewirkungshandlungen	234
		2.2	Bedingte Erwirkungshandlungen	
II.	В	dingt	e Hauptbegehren	236
III.	Ev	entua	lbegehrenlbegehren	238
	1.	Begr	iff	238
	2.	Even	ntuell objektiv gehäufte Rechtsbegehren	238
		2.1	Begriff	
		2.2	Zulässigkeit	240
		2.3	Art der Bedingung	241

		2.4	Inhalt der Bedingung	243
			a Misserfolg mit dem Hauptbegehren b Erfolg mit dem Hauptbegehren	
	2	E		
	3.		ntuelles Widerklagerechtsbegehren	
		3.1 3.2	BegriffZulässigkeit?	247 248
			a Meinungsstandb Eigene Stellungnahme	
		3.3	Art der Bedingung	254
	4.	Ever	ntuelle Streitgenossenschaft	254
		4.1	Begriff	
		4.2	Unzulässigkeit	
		4.3	Exkurs: Zulässigkeit eines eventuellen Klagerückzugs bei	
			unklarer Schuldner- oder Gläubigerschaft	
	5.	Ever	ntuelle Streitverkündungsklage	258
		5.1	Begriff	258
		5.2	Unzulässigkeit	259
IV.	Al	terna	tivbegehren	260
	1.	Begi	riff	260
	2.	Alte	rnativ objektiv gehäufte Rechtsbegehren	260
		2.1	Begriff	260
		2.2	Abgrenzung zur Wahlobligation	261
		2.3	Unzulässigkeit	
	3.	Alte	rnative Streitgenossenschaft	263
		3.1	Begriff	263
		3.2	Unzulässigkeit	263
		3.3	Exkurs: Zulässigkeit einer (unbedingten) Streitgenossenschaft bei unklarer Schuldner- oder Gläubigerschaft	264
R 12	7 11	ım Ir	nhalt von Rechtsbegehren doppelseitiger Klagen in den	
g 13			zügen	267
Ι.			und Grundlagen doppelseitiger Klagen	
Π.		_	echtsbegehren	
		_	tgegenstand	
		Inhal		272

Fü	nft	er T	Teil: Auslegung und Prüfung des Inhalts von	
Re	cht	sbeg	gehren	275
8 14	A :	ısleo	gung von Rechtsbegehren	275
3 T .			und Mittel der Auslegung	
		_	slegungsregeln	
		1.1	Vertrauensprinzip	
		1.2	Keine Buchstabenauslegung	
		1.3	Auslegung in Zweifelsfällen	276
	2.	Aus	slegungsmittel	277
		2.1	Wortlaut	
		2.2	Ergänzende Auslegungsmittel	
			 a Klagebegründung und weitere Äusserungen der Parteien. b Rechtlicher Rahmen des Rechtsbegehrens und Umstände Einzelfalles 	des
		2.3	Hierarchie der Auslegungsmittel?	
11	G		en der Auslegung	
II.			ränkung von Rechtsbegehren auf das begründete Mass	
III.	El	nschr	rankung von Rechtsbegehren auf das begrundete Mass	283
§ 15	Pr	üfun	ng von Rechtsbegehren	285
I.	Pr	üfung	g des Rechtsbegehrens als Prozess(entstehungs-)voraussetzung.	285
	1.	Recl	htsbegehren als Prozess(entstehungs-)voraussetzung	285
	2.	Zeitj	punkt, in dem ein mangelfreies Rechtsbegehren vorliegen muss	289
	3.	Prüf	fungszeitpunkt	292
II.	Ta	itbest	tand des mangelhaften Rechtsbegehrens	293
	1.	Tern	minologie und Abgrenzung	293
	2.	Arte	en von Mängeln	294
		2.1	Fehlendes Rechtsbegehren	
		2.2	Unklares Rechtsbegehren	
		2.3	Verletzung des Individualisierungsgebots Verletzung des Bestimmtheitsgebots	
		2.5	Unzulässige Inhalte	
III.	Re		folgen mangelhafter Rechtsbegehren	
111.			hfrist zur Verbesserung (Art. 132 ZPO) bei mangelhaften	
	-•		htsbegehren	297
		1.1	Art. 132 Abs. 1 und 2 ZPO	297
			a Zweck und Anwendungsbereich	297

			c Rechtsfolge	
		1.2	Ansetzung einer Nachfrist bei Eingaben mit mangelhaftem	
			Rechtsbegehren?	
			a Fehlendes Rechtsbegehren	
			b Unklares Rechtsbegehren	301
			c Verletzung des Individualisierungsgebots	302
			d Verletzung des Bestimmtheitsgebots	304 305
	2.	Aus	übung der gerichtlichen Fragepflicht (Art. 56 ZPO)	
		2.1	Art. 56 ZPO	
			a Zweck und Anwendungsbereich	305
			b Voraussetzungen	306
			c Rechtsfolge	307
			d Verhältnis zu Art. 132 ZPO	308
		2.2	Anwendbarkeit der gerichtlichen Fragepflicht auf	
			Rechtsbegehren?	309
		2.3	Ausübung der gerichtlichen Fragepflicht im Fall mangelhafter Rechtsbegehren?	312
			a Fehlendes Rechtsbegehren	
			b Unklares Rechtsbegehren	
			c Verletzung des Individualisierungsgebots	313
			d Verletzung des Bestimmtheitsgebots	
			e Unzulässige Inhalte	
			f Exkurs: Gerichtliche Fragepflicht bei unrichtigen Rechtsbegehren?	317
	3.	Ents	cheid über mangelhafte Rechtsbegehren	
		3.1	Nichteintretensentscheid	
		3.2	Sonderfragen	
			a Verfahrenseinleitende Eingaben mit Mängeln i.S.v.	
			Art. 132 ZPO	322
			b Mangelhafte Rechtsbegehren in einer Scheidungsklage	325
7 n	can	nme	nfassung	327
Zu	341		111455ung	321
I.	Er	ster T	eil: Grundlagen	327
	1.	Gege	enstand der Untersuchung (§ 1)	327
	2.	Für	lie Untersuchung relevante Grundlagen (§ 2)	328
	3.	Funk	ctionen des Rechtsbegehrens (§ 3)	328

II.	Zweiter Teil: Elemente von Rechtsbegehren	328
	1. Übersicht über den Inhalt von Rechtsbegehren (§ 4)	328
	2. Rechtsschutzantrag (§ 5)	329
	3. Rechtsfolgebehauptung (§ 6)	329
III.	Dritter Teil: Bestimmtheit und Individualisierung von Rechtsbegehren	332
	1. Bestimmtheit von Rechtsbegehren (§ 7)	332
	2. Ausnahmen zum Bestimmtheitsgebot (§ 8)	334
	3. Individualisierung von Rechtsbegehren (§ 9)	337
IV.	Vierter Teil: Sonderfragen zum Inhalt von Rechtsbegehren	339
	1. Rechtsgrundlage im Rechtsbegehren (§ 10)	339
	2. Schutz zukünftiger Rechtsfolgen (§ 11)	339
	3. Bedingte Rechtsbegehren (§ 12)	340
	4. Grundzüge zum Inhalt von Rechtsbegehren doppelseitiger	2.42
	Klagen (§ 13)	
V.	Fünfter Teil: Auslegung und Prüfung des Inhalts von Rechtsbegehren	344
	1. Auslegung von Rechtsbegehren (§ 14)	344
	2. Prüfung von Rechtsbegehren (§ 15)	345
Sac	hregister	349